

Bezugspreis:

Wochenschrift, 25 50 Pf., monatlich 8 20 Pf., frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis:

Die achtspaltige Annoncenzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 25. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Neuer Rechtsputsch in Vorbereitung.

Von besonders informierter Seite erhalten wir Mitteilungen über die jetzige Situation, die nur allzu deutlich bekräftigen, was wir seit Wochen warnend und abhilfsheischend an Symptomen eines neuen Rechtsputsches gemeldet haben.

Die augenblickliche Lage hat bemerkenswerte Ähnlichkeit mit den Tagen unmittelbar vor Ausbruch des Kapp-Putschs. Die jetzigen Vorbereitungen unterscheiden sich von den damaligen nur darin, daß man verjagt, aus dem am 13. März begangenen Fehlern zu lernen.

Als die Hauptfehler des 13. März betrachtet man in den Kreisen der Reaktion erstens, was die alldeutsche Presse ganz ungeniert schrieb, daß der Putsch ungenügend vorbereitet war, und zweitens, daß Kapp und Lüttich zu offen die Rolle des Angreifers auf Republik und Demokratie gespielt haben.

Um dem ersten Fehler abzuweichen, ist in Paderborn der „Frontbund“ der Freikorps gegründet worden. Wie ernst die Sache ist, zeigt der Umstand, daß selbst ein so gemäßigtes Blatt wie die „Vossische Zeitung“ einen dringenden Warnungsruf vor dieser Organisation ausstößt und aus einem der Konferenzen vorgelegten Fragebogen folgenden zur Diskussion gestellten Punkt 9 anführt:

„Sofortige Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfe, niemals mit Waffen gegeneinander vorzugehen oder zu verhaften — sofortige Weidung von Befehlen über Abtransport, Auflösung, Zerteilung von Verbänden, Entwaffnung, Abführung besonders beliebter Führer — weiße und schwarze Listen?“

Hier liegt die Vorbereitung der Meuterei und des Hochverrats klar zu Tage. Dieser Passus ist eine Rückenversicherung für künftige Putsch.

Wir können nun weiter berichten, daß die Freikorps, die sich größtenteils angeblich in Auflösung befinden, tatsächlich eine fieberhafte Werbetätigkeit — trotz zweimaligen ausdrücklichen Verbots des Reichswehrministeriums — entfalten. In Paderborn wurde der monatliche Zugang durch Werbung auf 2000 Mann geschätzt. Als jüngst in Magdeburg einige dieser strafbar handelnden Werber in Haft gesetzt wurden, erhob die alldeutsche Presse ein großes Entrüstungsgeheul über Verfassung, „barmherziger Urtalauer“. Die neu Angeworbenen erhalten Tageslohnung von 19 Mk. Das Geld fließt aus privaten Quellen. Offenbar stehen den Rechtsbolschewisten ungeheure Fonds zur Verfügung. Einer der Geldgeber ist der Pommerische Landbund, hinter dem wiederum der Bund der Landwirte steht. Da aber das Unternehmen ungeheuer kostspielig ist, so dürften auch die größten Geldfonds bald zur Neige gehen. Ein neues Zeichen, daß von den Putschisten auf einen sehr nahen Termin hingearbeitet wird.

Die zum Scheitern aufgelösten Freikorps werden von reaktionären Organisationen systematisch auf die pommerischen Landgüter verteilt. Waffen usw. nehmen sie mit. Die Verpflegung besorgen die Landwirte, wofür die Leute etwas Arbeit leisten, die Löhnung bekommen sie aus den privaten Fonds weiter gezahlt. Alle stehen untereinander in engster Verbindung. (Bergl. unsere Mitteilungen über die „Auflösung“ des Freikorps Lüchow in Nr. 261.)

Was nun die Taktik des geplanten Vorgehens anbelangt, so gedenkt man es diesmal ganz anders zu machen als am 13. März. Man setzt keine Hoffnung auf das baldige Ausschlagen kommunistischer Aufstände in Mitteldeutschland unmittelbar im Anschluß an die Wahlen. Leider liegen Anzeichen vor, wonach das Eintreffen dieser Spekulation nicht als unwahrscheinlich bezeichnet werden kann. Für den Fall, daß die Kommunisten sich als zu „schlapp“ erweisen sollten, bereiten verkleidete Freikorps-Offiziere das mitteldeutsche Industriegebiet, um der Sache etwas nachzuhelfen.

Bricht nun der erwartete und erhoffte Kommunismus aus, so sollen Reichswehr und Freikorps sich möglichst passiv verhalten und eine Art Militärstreik inszenieren, um den Putsch möglichst an Ausdehnung gewinnen zu lassen. Die Bevölkerung und die Regierung sollen erst eine Zeitlang im roten Terror „hängen“. Mittlerweile wollen die Rechtsbolschewisten das Chaos in Mitteldeutschland vollenden. Unter Hinweis auf den Bolschewismus sollen die in Westfalen massierten Freikorps die Kohlenzufuhr abbrechen, während man gleichzeitig mit Hilfe der auf den ostelbischen Gütern einlogierten Freischärler die Lebensmittelfuhr unterbinden will. Erst dann, wenn hierdurch Hungersnot und Arbeitslosigkeit auf den Gipfel getrieben sind, sollen die Truppen als „Retter in der Not“ erscheinen, den Bolschewismus niederschlagen,

um nunmehr als Sieger selber eine neue Regierung einzusetzen.

Die Regierung weiß wohl von diesen Absichten, aber ihre Maßnahmen werden dadurch sabotiert, daß die Verschwörer in allen maßgebenden Stellen ihre Helfershelfer und Förderer sitzen haben. Sie erfahren neue Befehle früher als die Amtsstellen, an die sie gerichtet sind, und sind so in der Lage, rechtzeitig ihre Maßnahmen zu treffen. Was die Regierung anordnet, geschieht nur dem äußeren Schein nach, der Sache nach aber wird gerade das Gegenteil gemacht. Die aktiven und passiven Widerstände sitzen sowohl im Reichswehrministerium in Gestalt reaktionärer Offiziere als auch im Reichsamt des Innern, dem die Zivilkommissare unterstehen, in Gestalt reaktionärer Geheimräte. So hat beispielsweise der Geheimrat von Jacobi, früher konservativer Abgeordneter, ganz unbegreiflicherweise die Entlastung festgenommener Freikorpswerber angeordnet.

Mittlerweile gibt die Seeresverminderung den Vorwand, um alle Truppenteile, die während des Kapp-Putschs sich als regierungstreue erwiesen haben systematisch aufzulösen. Hier wäre nur zu helfen, wenn die Oberpräsidenten als Zivilkommissare eine oberste Kommando Gewalt für ihren Bezirk erhielten, die sie ja in rein militärischen und politischen Fragen nicht ausüben brauchen. Heute ist jedenfalls die Rechtslage so, daß sich die Militärs jeden Einspruch der Zivilbehörden in ihrer Art der „Reichswehrverletzung“ verbitten können.

Soweit unsere Information, von der wir nochmals betonen, daß sie sich nicht auf irgendwelche bogen Gerüchte stützt, sondern von einer Stelle stammt, die genauen Einblick in dieses Treiben hat. Wir meinen zur Sache:

Es gibt eine Seite, die den Plan sofort zum Scheitern bringen kann: das sind die Linksradikalen, deren erwartetes putschradikales Vorgehen im Anschluß an die Wahlen ja die Grundlage des ganzen gegenrevolutionären Planes bildet. Wenn die Linksradikalen auch nur noch einen Funken von Verantwortungsgefühl und Vernunft besitzen, so mühten sie alles vermeiden, um sich von deutschen nationalen Führern zu dem Aufstand treiben zu lassen, den die Gegenrevolutionäre nur als Signal und Vorwand für ihr Losschlagen schließlich erwarten.

Leider darf man heute die Vernunft der Linksradikalen nicht als ausschlaggebenden Faktor in die politische Rechnung einstellen. Darum müssen wir uns an die Regierung wenden und sie eindringlich beschwören, nun endlich einmal den militärischen Rechtsbolschewismus, der Deutschlands Ruin zu werden droht, in einer Weise anzupacken, die ihn ein für allemal unschädlich macht.

Es muß sofort und energisch gesäubert werden. Bei den Ministerien, wo die Saboteure sitzen, ist anzufangen. Die Regierung muß mit einer Festigkeit auftreten, die ihr Respekt verschafft. Es scheint leider Leute an maßgebenden Stellen zu geben, die es für Putschbekämpfung halten, wenn sie alle energischen Maßnahmen vermeiden, welche die Meuterei zum Losschlagen reizen könnten. Diese Taktik bewirkt nur, daß diese Leute von Tag zu Tag übermütiger werden. Das bisherige Verhalten der Regierung gibt ihnen leider nur allzu starken Grund zu der Annahme, daß selbst ein mißlungener Putsch für sie keine besonders nachteiligen Folgen haben wird.

Mit der Taktik der halben Maßnahmen und der nicht auf ihre Befolgung kontrollierten Befehle wird die reaktionäre Putschgefahr nur von Tag zu Tag vergrößert. Am schlimmsten ist es, wenn Befehle demüßigt werden, weil man ihre Nichtbefolgung voraussetzt. Den Meuterern muß ja der Kamm schwellen, wenn sie sehen, daß sie nicht einmal auf die Probe gestellt werden, ob sie gehorchen oder nicht. Sie müssen im Gegenteil gezwungen werden, Farbe zu bekennen, und gegen militärischen Ungehorsam ist alsdann nach Maßgabe des Gesetzes unter rücksichtsloser Anwendung aller staatlichen Nachmittel einzuschreiten. Es darf keine Verhandlung mit Meuterern, sondern nur noch ihre Niederwerfung und Bestrafung geben.

Die Märzvorgänge in der Marine. Von dem Untersuchungs-ausschuß für die Prüfung der Märzvorgänge in der Marine sind bisher 30 Fälle beim Reichswehrminister zur Entscheidung gebracht worden. Unmittelbar nach Wahlen werden sich die Unterkommissionen erneut zu Versammlungen in die Küstengebiete begeben, und zwar eine Kommission nach Kiel, eine zweite nach Hamburg, Cuxhaven, Westmünde und Wilhelmshaven.

Ein Revolververbot verhängt. Gestern wurde in Hannover der ehemalige Han August Eiser vom Kapp-Lichtschlag verhaftet, der in der Gerlachversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Osnabrück den Revolververkauf abgelehnt hat, durch den der Sohn des 1. Vorsitzenden, Herr Erich Knüppe, lebensgefährlich verletzt worden ist. Der Verhaftete, der inzwischen nach Osnabrück überführt ist, hat die Tat bereits eingestanden.

Hergt und Kapp.

Ein Gespräch mit Herrn Hergt.

Am 13. März, am Tage des Kapp-Putschs, begab sich Genosse Ernst Heilmann nach vorheriger Verständigung mit der Parteiorganisation und dem Vorstand unserer preussischen Landesversammlungsfraction zum Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Herrn Minister a. D. Hergt, um sich dort an der Quelle genau über die Stellung der politischen Führer der Rechten zum Kapp-Putsch zu unterrichten. Das Gespräch wickelte sich in folgender Weise ab:

Heilmann: Dieser Putsch von rechts ist nach meiner Ueberzeugung das größte Unglück, das Deutschland überhaupt treffen konnte. Er bedeutet zuerst den Bürgerkrieg, denn gleichviel wie die Aussichten stehen mögen, die Arbeiter werden es sich nicht ruhig gefallen lassen, daß man sie in die alte Abhängigkeit zurückführt. Zweitens wird zweifellos das Ausland eingreifen, das die Wiedererrichtung des alten militärischen Deutschlands nicht dulden will und kann. Drittens ist, gleichviel wie die Ereignisse laufen, eine ungeheure Radikalisierung der breitesten Arbeitermassen unvermeidlich. Männer wie Heine und Koffe, und vielleicht auch die, die wie ich zu ihnen gestanden haben, sind erledigt. Sie, Herr Minister, haben ein dühndermal öffentlich und auch mir privatim gesagt, daß sie jede gewaltsame Änderung der Verfassung von sich und ihrer Partei weit abwiesen. Sie haben mir auch nie verhehrt, daß Sie als gemäßigter konservativer Politiker selbst die Sozialdemokratie als eine Staatsnotwendigkeit anerkennt. Dauert der Kampf längere Zeit, dann könnte möglicherweise die Sozialdemokratie an der Schwärze des Bürgerkriegs völlig zugrunde gehen, und Leute wie Adolf Hoffmann könnten der Tapus des deutschen Arbeiterführers werden. Ich kann mir, ganz offen gesagt, nicht denken, daß diese Aussicht Sie glücklich oder vollständig begeistern könnte.

Hergt: Und was soll nun geschehen? Heilmann: Ich sehe nur eine Aussicht auf Rettung: wenn Sie Kapp und Lüttich veranlassen, noch vor Montag selbst zurückzutreten und die Macht wieder in die Hände der rechtmäßigen Regierung zu legen. Montag kommt unweigerlich der Generalstreik im ganzen Reiche hell auf. Heute ist noch Zeit für eine Annäherung und einen Rücktritt vom Versuch, Montag nicht mehr.

Hergt: Ich will Ihnen ebenso offen antworten, wie Sie zu mir gesprochen haben. Sie überschätzen bei weitem meinen Einfluß, wenn Sie glauben, daß ich Kapp und Lüttich zum Rücktritt veranlassen könnte. Wenn ich mit dem Versuch zu ihnen käme, würden sie mich einfach auslachen. Ich habe auch keine unmittelbare Beziehung zu ihnen, sondern informiere mich nur fortlaufend durch Leute, die ich in die Reichskanzlei schicke, über das, was dort vorgeht. Kapp und Lüttich sind zum Reuwerden entschlossen und werden vor nichts, aber auch vor gar nichts zurückschrecken. Sie haben vorher gewünscht, daß sie ein sehr hohes Spiel spielen, und werden alles daran setzen, es zu gewinnen. Die Einmischung der Entente brauchen sie nicht zu fürchten. Mit den fremden Militärmissionen wird wir schon seit Monaten einig. Unter „wir“ verstehe ich natürlich die Deutschnationalen, denn die Deutschnationale Volkspartei als solche hat mit dem Putsch und seiner Vorbereitung direkt nicht das geringste zu tun. Wie werden sogar diejenigen unserer Mitglieder, die in die Kapp-Lüttich-Regierung eintraten wollen, bevorzugen, vorher formell ihren Austritt aus der Partei zu vollziehen. An einen allgemeinen Generalstreik glaube ich nicht. Dazu war die gestrige Regierung viel zu unpopulär — wir werden uns ja als verlässliche Politiker darüber wohl einig sein. Sehen Sie nur aus dem Fenster — sieht es da nach Generalstreik aus? Weder die Unabhängigen noch die Reichswehrsozialisten werden sich mit besonderer Begeisterung in den Generalstreik stürzen. Die Reichswehrsozialisten wollen überhaupt nichts wissen, und die Unabhängigen werden doch nicht für Ebert-Bauer-Roske kämpfen. Sicherlich wird es hier und da zu revolutionären Aufstößen kommen, aber die werden schnell zusammenbrechen. Ich habe da als Regierungspräsident in Cuxhaven meine Erfahrungen gemacht, wie schnell man einen Arbeiterstreik durch Verweigerung der Lebensmittel brechen kann, bei mir hat sich schon die bloße Drohung damit genügt. Wir haben die Waffen und die Lebensmittel, das genügt. Ich möchte nicht, daß später einmal von mir in der Presse steht, ich hätte das bekannte Bismarckwort zitiert; aber Sie werden wissen, wieviel Wahrheit darin liegt?

Heilmann: In dem Wort von Bismarck und Veitsh.

Hergt: Sie haben das gesagt, nicht ich.

Heilmann: Und wie denken Sie sich nach dem Kapp-Putsch die Zukunft der Arbeiterbewegung?

Hergt: Es wird sich schon ein Weg finden, die Sozialdemokratie zu retten. Wenn der Generalstreik vor dem Zusammenbruch steht, dann können wir vermitteln, daß die Regierung Kapp-Lüttich ungewidmet erklärt, daß sie nur bis zu den Wahlen im Amt bleiben wird. Als Garantie dafür und für die Freiheit der Wahlen könnte vielleicht sogar ein Sozialdemokrat in die Regierung ein-treten. Dann könnte die Sozialdemokratie den Kampf abbrechen, und die Unabhängigen würden die Niederlage allein erleiden.

Heilmann: Das sind ja ganz unwillkürliche Vorstellungen. Kein Sozialdemokrat wird je in die Regierung Kapp-Lüttich ein-treten, und wer es persönlich wäre, wäre für die Arbeiterklasse sofort erledigt. Auf diese Weise kann und will die Sozialdemokratie nicht „gerettet“ werden. Es bleibt dann eben bei Kampf und Bürgerkrieg und bei all den Folgen, die ich dargelegt habe und die

hoppelt schwer werden, wenn die Arbeiterkraft die ja mögliche, ihnen sogar wahrcheinliche Niederlage erleidet. Aber ich hätte noch einen früheren Erklärungen gedacht, doch wenigstens Sie in der schärfsten Weise gegen den Rapp-Butsch Stellung nehmen würden. Wie in bezug auf das Offizierkorps bin ich um eine große Klusion ärm.

Hergt: Sie müssen doch unsere Lage begreifen. Rapp und Lüttich haben die Macht und werden sie vorläufig behalten. Da können wir uns natürlich nicht rein negativ verhalten, sondern müssen auf dem Boden der jetzt gegebenen Tatsachen mitarbeiten. Etwas anderes wird ja schon Ende auch Ihrer Partei nicht übrig bleiben. Sie können mir glauben, daß wir dafür sorgen werden, daß diese Regierung wirklich nur ein Provisorium bleibt und daß die entscheidenden Neuwahlen bald stattfinden.

Heilmann: Das ist ein wenig tröstliches Ergebnis unserer Unterredung.

Hergt: Ich will noch einmal mit meinen Freunden vom Vorstand über Ihre Anregungen sprechen; aber ich glaube nicht, daß wir zu einem anderen Ergebnis kommen werden. (Herr Dr. Helfferich war inzwischen in das Zimmer gekommen, hatte es aber alsbald wieder verlassen.)

Heilmann: Wenn die Rechtsparteien sich wirklich zu dem Rapp-Butsch so stellen, wie Sie sagen, dann ist dieser Tag unserer Unterredung meines Erachtens der letzte Tag Deutschlands; dann bricht es unter den Stürmen des Bürgerkrieges zusammen und auseinander.

Hergt: Sie sehen zu schwarz. Die Sache wird rascher in Ordnung kommen als Sie denken.

14 Tage später, am 30. März 1920, fand Herr Minister a. D. Hergt als deutschnationaler Parteiführer auf der Tribüne der Landesversammlung und erklärte:

Wir haben von den Vorgängen am 13. März nicht die geringste Kenntnis gehabt. Sie werden mir doch zu guter Letzt die Echtheit nicht abstreiten wollen! Unser Standpunkt gegenüber den Vorgängen ergibt sich aus dem grundsätzlichen Standpunkt, den wir gegen jede Revolution einnehmen. Wir haben die Revolution am 9. November verurteilt und verurteilen auch jede neue Revolution; denn wir sind eine Partei des Rechts.

Und Herr Hergt hatte die eiserne Stirn, hinzuzufügen: Zunächst meine ich, daß unser aller Aufgabe gewesen wäre, die Sache tagelang früher zum Abschluß zu bringen, als es tatsächlich geschah ist. Nicht der Mittwoch dürfte der entscheidende Tag der Erlösung sein, sondern schon der Montag hätte die Lösung bringen müssen. Die sogenannte Rapp-Regierung war unmöglich. Davon sind wir alle überzeugt gewesen, dem haben wir alle Ausdruck verliehen. Dieses Andere mußte unter dem Gesichtspunkt geschaffen werden, daß man der Gefahr der Linksradsifizierung rechtzeitig vorbeugte, auch daß man die gesamten Ordnungselemente zusammenfaßte.

Herr Hergt hatte den Mut, die wirkliche Stellung der deutschnationalen Volkspartei zum Rapp-Butsch in so dreistiger Weise unzulässig, weil er zuvor den Genossen Heilmann erwidert hatte, daß stattgehobte Gespräch als Privatgespräch vertraulich zu behandeln. Heilmann erwiderte ihm, daß er über den Inhalt des Gesprächs selbstverständlich sofort nach der Unterredung dem Parteivorstand und auf dessen Wunsch dem interfraktionellen Ausschuss der Mehrheitsparteien Bericht erstatten hätte. Im interfraktionellen Ausschuss war dann am Sonntag, den 14. März, beschlossen worden, den Verlauf des Gesprächs sofort schriftlich zu fixieren. Insbesondere der Zentrumsführer Dr. Trimborn hatte dies für unbedingt notwendig erklärt. Eine dieser am Tage nach dem Gespräch gefertigten Niederschriften, aus der Genosse Wels in seiner Nationalversammlung über den Rapp-Butsch und die Schuld der Rechtsparteien einiges zitiert hat, ist es, die wir eben zum Ausdruck gebracht haben.

Ungeachtet dieser Unterredung wird wohl selbst Herr Hergt der Mut dazu schwinden, in Zukunft zu bestreiten, daß er an den Sieg der Rapp-Beute geglaubt hat und unter dieser Voraussetzung bereit war, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. Erst als der Generalstreik in seiner ganzen Wucht ausbrach und fast die gesamte Beamtenschaft mit sich rief, hat Herr Hergt verliert, bei Verhandlungen über den Rücktritt von Lüttich und Rapp etwas für seine Partei herauszuschlagen. Die Partei des Rechts ist die Partei der schwächsten Konjunkturpolitik, die volle Mitschuldige am Militärputsch vom 13. März. Das Verhalten der deutschnationalen hat den Generalstreik unvermeidlich gemacht, zu dem die Demokraten erst ihre Zustimmung gegeben haben und gegen den das Zentrum jeden Widerspruch aufgab, als im interfraktionellen Ausschuss das Gespräch mit Hergt bekannt geworden war. Die deutschnationale Volkspartei und ihr Vorstand tragen die volle Verantwortung für den unendlichen Schaden, den vor allen anderen Bütschen der Militärputsch des 13. März und seine Niederklämpfung anrichten mußten.

Deutschland nimmt an.

Berlin, 24. Mai. Der Reichskanzler hat dem britischen Geschäftsträger Mitteilung gemacht, daß die Reichsregierung die Einladung zur Konferenz in Spa auf den 21. Juni angenommen hat.

71 000 Schadenersatzforderungen!

Amerika will sein Geld zurück!

Amsterdam, 23. Mai. Im englischen Unterhaus wurde mitgeteilt, daß insgesamt 71 000 Schadenersatzforderungen gegen vormalige feindliche Staaten beim Auswärtigen Amt eingereicht wurden. Außerdem liegen 35 000 Ersatzansprüche bezüglich in Rußland befindlichen Eigentums vor.

Paris, 24. Mai. „L'Empire“ veröffentlicht ein Kabeltelegramm aus Rio de Janeiro, wonach der Senat, daß die Schulden der Vereinigten Staaten nur in dem Maße zurückgezahlt werden könnten, wie Deutschland Zahlung leistet, für die amerikanische Regierung unannehmbar sei.

Eisenbahnunfall des Präsidenten Deschanel.

Paris, 24. Mai. (Gavas.) Präsident Deschanel hat heute auf der Reise nach Montbrison, wohin er sich zur Enthüllung des Denkmals für den gefallenen Abgeordneten Raymond begab, einen Unfall erlitten. Er fiel während der Fahrt aus dem Wagen auf das Gleis. Er wurde im Automobil nach Montbrison gebracht.

Paris, 24. Mai. Nach dem um Mittag ausgegebenen Bericht über den Gesundheitszustand des Präsidenten Deschanel ist dieser im Gesicht und am linken Knie leicht verletzt. Sein Zustand gibt zu keinerlei Beunruhigung Anlaß.

Ehrenerklärung Millerands für die Neger.

Paris, 22. Mai. (Gavas.) Die deutsche Presse hat seit einiger Zeit eine Kampagne gegen die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet eröffnet. Die französische Regierung wendet sich entschieden gegen die Anschuldigungen gegen die eingeborenen Truppen, die Frankreich mit treuer Hingabe dienen. Frankreich macht keinen Unterschied zwischen weißen und Kolonialtruppen, deren Anwesenheit auf französischem Gebiet zu keinen Klagen Anlaß gibt. Die Bestände der Rheinarmee von insgesamt 85 000 Mann weisen nur 23 400 (nicht 60 000) Farbige auf, von denen nur 4700 den schwarzen Truppen entnommen sind. In den Kolonialregimentern befanden sich übrigens 20 Proz. Europäer.

Das deutsch-russische Gefangenenabkommen ratifiziert.

Berlin, 24. Mai. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Das Abkommen mit Sowjetrußland über den Gefangenen Austausch ist von beiden Teilen ratifiziert.

Der zweite Transport mit deutschen Heimkehrern aus Sowjetrußland ist am 22. Mai im Durchgangslager Redow bei Stettin eingetroffen.

Die Ermordung Carranzas.

Stadt Mexiko, 24. Mai. Zum Tode Carranzas wird gemeldet, daß die Gruppe, die ihn gefangen nahm, unter Führung des Generals Ferrero stand, der bis vor kurzer Zeit noch der Carranza-Partei angehörte und erst neuerdings zu den Revolutionären übergegangen war. Sechs Anhänger Carranzas wurden mit ihm getötet. Sein Stabschef Barran und der ehemalige mexikanische Gesandte in Washington, Bonillas, sind entkommen. Die Leiche Carranzas wird nach Mexiko Stadt überführt werden.

Ärzte und Krankenkassen.

Frankfurt a. M., 24. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nachdem bis jetzt neue Verhandlungsgrundlagen nicht zustande gekommen sind, herrscht von heute (Dienstag) mittags 12 Uhr ab im ganzen Reich der vertraglose Zustand zwischen Ärzten und Krankenkassen. Die Mitglieder der Kassen gelten von nun ab als Privatpatienten und werden von den Ärzten nur gegen Barzahlung und den von der Ärzteschaft bestimmten Sätzen behandelt. Das Gesetz gibt den Krankenkassenmitgliedern die Möglichkeit, wegen Rückerstattungsfordernungen an die Kassen heranzutreten.

Hans Paasche erschossen!

Grenzsoldaten die Täter.

Auf seinem Gut Waldsrieden in der Neumark ist am letzten Freitag der Kapitänleutnant a. D. Hans Paasche von Grenzsoldaten erschossen worden.

Hans Paasche war ein Sohn des bekannten nationalliberalen Politikers Hermann Paasche und stand im 40. Lebensjahr. Seine Bekannten schätzten ihn als einen politisch stark links gerichteten, nervös überreizten, aber durchaus gutmütigen, jeder Ge-

waltat abgeneigten Schwärmer. Er versuchte auch während des Krieges als Passant eine Rolle zu spielen und wurde in einen Prozeß verwickelt, doch wurde das Verfahren gegen ihn wieder eingestellt, als man seine Zurückhaltung bezweifelte.

Seit einiger Zeit lebte Hans Paasche zurückgezogen auf seinem Gut Waldsrieden, das aber seinen idyllischen Namen nicht verdient, weil es der Schauplatz der heftigsten Familienkämpfe war. Auf dem Gute hatte sich auch Paasche-Vater und dessen Schwager, ein Oberleutnant, niedergelassen, zwischen diesen beiden, die deutschnationale Anschauungen vertrat, und dem jungen Schwärmer entwickelten sich die heftigsten Meinungsverschiedenheiten, die in schwerste Feindschaft ausarteten. Diese Feindschaft erreichte ihren Gipfelpunkt, als sich der Sohn bei der Gemeindevorstandswahl, die am 30. Mai stattfinden sollte, dem Vater mit einer besonderen Liste entgegenstellte.

Am letzten Freitagvormittag erschienen im Gutshaus 60 Mann Grenzschutztruppen unter Führung von zwei Offizieren und veranlaßten eine Waffensuche, ohne etwas zu finden. Ein Gendarm wurde ausgeschickt, um den Besitzer zu suchen, der mit seinen Kindern ausgegangen war. Als Paasche zum Gutshaus zurückkehrte, knallten sofort einige Schüsse, die ihn tot niederstreckten. Von einem Mordversuch kann nach der und gewordenen Darstellung keine Rede sein, zumal weder ein Haftbefehl noch eine tatsächliche Verhaftung vorgenommen worden war.

Allem Anschein nach handelt es sich um ein neues Glied in der Kette der politischen Morde, die von einer zügellosen Soldateska verübt worden sind. Es sind seit der Revolution bekanntlich viel mehr Mordanschläge von der äußersten Rechten als von der äußersten Linken ausgegangen, und die deutschnationale Presse hat diese Anschläge — wir erinnern nur an das Attentat auf Erzberger — stets geduldet. Die bedauernde Schwäche der Staatsgewalt hat dem Rechtsgesetz des Volkes in all diesen Fällen nicht die Geltung zu leisten vermocht, die es verlangte. Öffentlich gibt nun dieser neueste grausame Fall Gelegenheit zu beweisen, daß die Zeit endlich vorbei ist, in der das Menschenleben dem Nationalismus einiger Hintertreter schuldlos preisgegeben war. Soll diese Pest ausgerottet werden, so bedarf es rascher Ermittlung und strengster Bestrafung der Schuldigen.

Der Blitzstrahl bringt es an den Tag!

Wie Waffenslager entdeckt werden.

In Hinterpommern, wo es bekanntlich keine der Bandwirten verborgenen Waffen gibt, ereignete sich jüngst folgendes:

In der Kolberger Vorstadt des Städtchens Treprow a. d. Rega schlug der Blitz bei einem als deutschnational bekannten Kaffeebäcker ein, eine ganze Reihe von Scheunen und Wohnhäusern brannte ab. Bei den Wüstarbeiten fand die meist aus Arbeitern bestehende Pflichtfeuerwehr zu ihrem Staunen und Schrecken in den Gebäuden verbergte Lager von Handgranaten und Maschinengewehrmunition. Durch dieses Sprengstofflager geriet die Feuerwehr in äußerste Lebensgefahr. Wenn nämlich nicht ein Vorrat Handgranaten, der in ein Bett eingewickelt war, rechtzeitig entdeckt worden wäre, so wäre eine Sprengung aus dem Dorfe Gummien, die ganz nahe der Fundstelle arbeitete, mit familiären daran arbeitenden Mannschaften in die Luft gegangen.

So gefährden die deutschnationalen Putschisten durch ihr Treiben nicht nur die Sicherheit des Staates, sondern sie bringen auch in leichtfertiger und frivolster Weise die Menschen in Lebensgefahr, die zur Erhaltung ihres Gutes in der Not einspringen! Unsere Genossen in Treprow a. d. Rega haben gegen den edlen „Patrioten“ Strafangelegenheit erstatet.

Der Wahlkampf.

Für Kießer, Mugdan, Arendt, Stresemann.

Antisemitisches aus der „Deutschen Volkspartei“.

Vor und liegt ein „im Auftrag der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei“ herausgegebenes Flugblatt mit dem Titel „An die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen!“ Aus diesem zitieren wir folgende Sätze:

Nichtrecht, Rosa Luxemburg (Rosalie Lübeck), Kadel (Sobelska), Haase, Ed. Bernstein, Kautsky und andere — durchweg Fremdbürtlinge — verbreiten den wahren Sachverhalt, versuchen Deutschland alle Schuld am Kriege aufzuladen und den Durchhaltewillen des deutschen Volkes zu zermürben. Das kammerte es diese Fremdbürtlinge, ob Deutschland dabei zugrunde geht und seine Arbeiterschaft dauernd dem Elend überantwortet wird.

Es würde uns interessieren, zu erfahren, ob der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Prof. Kießer (Sohn Gabriel Kießers), ob die Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Arendt und Dr. Mugdan — alles „Fremdbürtlinge“ im Sinne des Flugblattes —, ob ferner der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, Gatte einer „fremdbürtlichen“ Frau, von diesem Flugblatt Kenntnis haben und was sie dazu meinen.

Die sie rief, die Geister . . .

Jede gewissenlose Hege rächt sich schließlich an ihren Urhebern. Schon längst wurde bekannt, daß der Austritt der gemäßigten Führer der deutschnationalen größtenteils auf die Stammbaumknäufel zurückzuführen war, die von den antisemitischen Führern der Rasseinheit bei den Haupten der deutschnationalen Partei angeheftet wurde. Diese Stammbaumknäufel hat jetzt ein weiteres Opfer gefordert: die bisherige Abgeordnete Anna v. Gierke und ihr Vater, der bekannte germanistische Rechtslehrer Otto v. Gierke sind aus der Partei ausgestoßen. Der Grund ist folgender: Anna v. Gierke wurde von der Kandidatenliste der deutschnationalen Partei gestrichen, denn — o Schreck, o Graus — es stellte sich heraus, daß der große Deutschkämmler Otto v. Gierke selber eine Jüdin zur Frau hat und seine Tochter Anna somit eine Halbjüdin ist! Für Aufsehenmachende entbehrt die Sache nicht eines hochkomischen Anstrichs, besonders da nun reaktionäre Blätter Zuschriften bringen müssen, in denen die Haltung des Fräulein v. Gierke aus antisemitischen Gründen als „lächerlich“ bezeichnet wird. Nun plötzlich wird auch ein paar Leuten dieser Gesellschaft das Lächerliche der Judenrischerei klar! Wenn sie nur begreifen möchten, daß sie selber die Väter und Mütter dieses eiteln Treibens gewesen sind.

Die Dolchstoß-Legende.

Für Leute, die noch immer die Mär verbreiten, die deutsche Front sei im November 1918 von der Revolution erschlagen worden, teilen wir folgendes Telegramm mit, das Kaiser Karl von Oesterreich im Oktober 1918 unmittelbar

vor der Kapitulation Oesterreich-Ungarns an den damaligen Kaiser Wilhelm gerichtet hat:

„Die schwer es mir auch fällt, so ist es meine Pflicht, Dir zur Kenntnis zu bringen, daß meine Völker den Kampf nicht mehr ertragen können und ihn nicht weiter führen wollen. Ich habe kein moralisches Recht, mich diesem Willen zu widersetzen, denn es beliebt für einen günstigen Ausgang keine Hoffnung mehr. Die moralischen und physischen Vorbedingungen zur Fortsetzung des Krieges fehlen vollständig. Durch den weiteren Widerstand könnte ich nur zweifaches Blutvergießen heraufbeschwören, was mir jedoch kein Gewissen verbietet. Auch die innere Ordnung und das monarchische Prinzip schwanden in der ernstesten Gefahr, wenn es nicht gelingt, in kürzester Zeit den Krieg zu beenden. Die Bundesstreue und das Freundschaftsgefühl müssen sich vor jener höchsten Pflicht beugen, die Völker meiner Staaten zu retten. Oben deshalb teile ich Dir meinen unabänderlichen Entschluß mit, daß ich innerhalb 48 Stunden einen Sonderfrieden mit sofortigem Waffenstillstand verlange. Mein Herrschergewissen gebietet mir so. In wahrer Freundschaft.“

„Die moralischen und physischen Vorbedingungen zur Fortsetzung des Krieges fehlen vollständig.“ Diese paar Worte schlagen das ganze „Dolchstoß“-Gerede schmetternd zu Boden.

Oskar Cohn als Kandidat gestrichen?

Der Wahlauschuss des 13. Reichstagswahlkreises (München) hat Dr. Oskar Cohn von der Kandidatenliste der Unabhängigen gestrichen, weil seine schriftliche Zustimmung zu spät eingetroffen sei. Dr. Oskar Cohn befand sich während seiner Wiederwahlstellung in Polen, von wo aus er seine Zustimmung telegraphisch erteilte. Es liegt hier ein Fall von tristem Formalismus vor, der unsemehr korrigiert zu werden verdient, als Dr. Cohn durch seine Frau als seine Generalvollmachtigte rechtzeitig auch seine schriftliche Zustimmung erteilt hätte.

Dem parlamentarischen Antisemitismus. Die „Mote Bahne“, die sich bekanntlich als Zentralorgan der A. V. D. selbst als Wahlkampf beteiligt, glaubt der Sozialdemokratie den nicht mehr ganz neuen Vorwurf des „parlamentarischen Antisemitismus“ machen zu sollen. Mit Unrecht. Ein Antisemit ist immer noch ein Mensch, der nicht nach logischen Gedanken handelt, sondern dessen Handlungen von unwillkürlichen Reflexen erfolgen. Wenn nun eine Partei — wie die A. V. D. — gegen den Parlamentarismus ist und sich doch am Wahlkampf beteiligt, so dürfte auch dem Antisemiten klar sein, wer dem parlamentarischen Antisemitismus verfallen ist.

Die Enthüllungsschrift Arosfelds, des ehemaligen deutschnationalen Parteisekretärs, die bekanntlich seinen früheren Freunden schwer auf die Nerven fiel, ist durch einstweilige Verfügung des Landgerichtes I. Berlin, verboten worden. Triumphierend berichtet dies die „Deutsche Zeitung“. Wie viel müssen unsere deutschnationalen zu verhalten haben, wenn sie sich darüber so freuen. Offenbar sind sie doch nicht in der Lage, den Enthüllungen sachliches Material entgegenzustellen.

